Nr. 307 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 17. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenzeichen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung bestimmter Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Streik der Bergarbeiter

+ Zwickau i. Sa., 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Frage der Kohlenpreiserhöhung, von der weitere Verlauf des sächsischen Bergarbeiterstreiks abhängt, beschäftigt und anerkannt, daß die Verhältnisse im sächsischen Steinkohlenbergbau besonders schwierig liegen. Das Kabinett zeigt sich daher nicht abgeneigt, eine Kohlenpreiserhöhung zu bewilligen, wenn Reichskohlenrat und Reichskohlenrat ebenfalls zustimmen. Die Erhöhung würde am 1. Januar 1921 eintreten. Das Reichskabinett will das Verfahren der achten Verbände nicht zur Bedingung machen, erwartet aber, daß die sächsischen Bergarbeiter es als Ehrenpflicht ansehen, diese achte Ueberstunde freiwillig zu verfahren, sobald die Lohnerhöhung in Kraft tritt. Da die von den Bergwerken beantragte Kohlenpreiserhöhung vom Reichskabinett jedoch nicht in der vollen Höhe zugestanden werden wird, ist es ausgeschlossen, daß auch die Bergarbeiterforderungen in ihrer vollen Höhe erfüllt werden können, insbesondere daß nicht davon die Rede sein können, diese Forderungen rückwirkend ab 1. Oktober zu bewilligen. In diesem Falle werden die Bergarbeiter von ihren Forderungen ablassen müssen, ebenso wie von der andern Seite auch der Bergbauliche Verein Entgegenkommen zeigen muß. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien werden unter Teilnahme des Staatsrat Hacks, der aus Berlin zurückgekehrt ist, morgen früh hier fortgesetzt werden.

Die Eisenbahnerbewegung

Die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks ist vorläufig, wenigstens für die nächsten Wochen, vorbei zu sein. Wie bekannt, hatten sowohl die Reichsbeamten als auch die Eisenbahnarbeiter der Reichsregierung Forderungen unterbreitet, die sich einerseits auf Erhöhung des Gehalts bzw. der Löhne, andererseits auf eine einmalige Zuschußzahlung (1000 M. und mehr) erstrecken. Für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderungen war für heute der Ausbruch des Eisenbahnerstreiks angedroht worden. Ob sich die sämtlichen Beamten und Arbeiter aber dem Streik angeschlossen hätten, scheint allerdings sehr fraglich, da es erwiesen ist, daß die Streikhetze hauptsächlich von kommunistischen Agitatoren betrieben wurde.

Die Reichsregierung hat inzwischen den ersten Teil, d. i. die Erhöhung der Gehälter und Löhne, erfüllen müssen, die einmalige Zuschußzahlung dagegen vorläufig abgelehnt. Dafür wird angeordnet, daß das am 1. Januar fällige Gehalt bzw. die dann fälligen Löhne schon im voraus gezahlt werden sollen. Der Reichsgewerkschaftsbund der Eisenbahner hat nun beschlossen, eine Urabstimmung im ganzen Reiche herbeizuführen, die darüber entscheiden soll, ob das Angebot der Regierung anzunehmen oder abzulehnen ist. Diese Urabstimmung ist zur Zeit im Gange. Von ihrem Ausgang wird es also abhängen, ob der Eisenbahnerstreik einsetzt oder nicht. Nach Lage der Dinge darf jedoch fast mit Sicherheit angenommen werden, daß die Mehrzahl der Eisenbahner gegen den Streik und für Annahme des Angebots der Reichsregierung sich erklären wird. In diesem Falle dürften kurz nach Neujahr neue Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnerverbänden stattfinden werden.

Wie wir dazu noch aus Leipzig erfahren, haben die dortigen unabhängig gesinnten Eisenbahner mittlerweile ein Ultimatum in Berlin gestellt, so daß trotz der vorherrschenden Urabstimmung doch mit etwaigen Teilausständen gerechnet werden muß. Die Lage ist nach wie vor ernst und schlimme Erschütterungen unsres Verkehrslebens stehen durchaus im Bereich der Möglichkeit in den nächsten Tage.

Der Berliner Hotelstreik

W. Berlin, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die neue Aktion der Hotelliers bei der Reichsregierung verlief erfolglos. Die Regierung hat die Einwirkung auf die richterlichen Behörden endgültig abgelehnt. Infolgedessen ist mit einer weiteren Verschärfung des Berliner Hotelstreiks für die nächsten Tage zu rechnen.

X Berlin, 16. Dezember. Vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Verbindung mit der Lockerung der Einfuhr auf weiten Gebieten der Ernährung bereits geführt habe, daß Hindernisse für eine ausreichende Versorgung in den Lebensmittelbeständen. Sehr wesentliche Lebensmittel für den Mittagstisch sowohl, wie für den Abendtisch (Fleisch, Fische, Kartoffeln, Eier) seien ebenso wie unverzichtbare Zubereitungsmittel (Fett, Margarine, Speiseöl) nicht rationiert. Sie könnten mithin in beliebigen Mengen gekauft und verwendet werden. Die Zwangswirtschaft bezieht sich in der Hauptsache nur auf Brot, Milch, Butter und Zucker.

Amerika und wir

L New-York, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Senator Law wird sich nach Europa begeben, um in Deutschland mit maßgebenden Persönlichkeiten über die Organisierung eines Rohstoffkredits zu unterhandeln und außerdem die Möglichkeit zu untersuchen, welche Waren und Halbfabrikate aus Amerika als Mittel[illegible] Zertiert werden [illegible]

Der Völkerbund

In der Mittwoch-Debatte fiel auch das Wort Deutschland in der Versammlung des Völkerbundes. Die Kommission hatte Gesuche der russischen Randstaaten um Aufnahme in den Völkerbund zurückgewiesen. Estland, Litauen, Livland und Georgien wird der Zutritt zum Völkerbund verweigert, dagegen wurde die Zulassung von Oesterreich, Bulgarien, Luxemburg und Costarica befürwortet. In der Debatte ergriff der Schweizer Bundespräsident Motta das Wort. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze:

Es wäre feige und verlogen, wenn wir uns verhehlen würden, daß uns noch drei Staaten fehlen: Die Vereinigten Staaten, Rußland und Deutschland. Was Deutschland betrifft, so hoffe ich, daß man schon in den nächsten Monaten eine Verständigung findet und Zugeständnisse macht, die keine Lasten sind. Die Schweiz hätte sich schneller und freudiger dem Völkerbund angeschlossen, wenn dieser das gewesen wäre, was er sein soll, ein universeller Völkerbund. Wenn der Völkerbund nicht in zwei bis drei Jahren alle Staaten der Welt umfaßt, so ist er reif für seine Auflösung.

Schon als Motta das Wort Deutschland aussprach, war Biviani erregt von seinem Sitz vorgeschnellt und hatte sich, stürmisch mit den Händen gestikulierend zum Wort gemeldet. Er hielt dann auch eine oratorisch glänzende, mit viel Phrasenschwung und echt französischem Pathos erfüllte Rede, die allerdings innerlich recht armselig war und gar nichts Neues sagte. Er forderte wieder einmal Garantien für die Aufrichtigkeit Deutschlands und feierte wieder den Klagegesang herunter, daß Frankreich schon seit zwei Jahren vergeblich auf die Durchführung des Friedensvertrages durch Deutschland warte.

In der Frage des Opiumhandels beschloß die Völkerbundsversammlung, daß die bisher von der holländischen Regierung geübte Kontrolle an den Völkerbundsrat übergehen solle, der für diesen Zweck einen besonderen Ausschuß zu ernennen habe. Der Berichterstatter Sir William Meyer-Indien betonte dabei die Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß die Vereinigten Staaten und Deutschland noch nicht Mitglieder des Völkerbundes seien.

In der Frage des Frauen- und Mädchenhandels beschloß die Versammlung die möglichst rasche Einberufung einer internationalen Konferenz, die eine einheitliche Aktion der Regierungen vorbereiten soll. Es wird außerdem ein Komitee oder eine Behörde bezeichnet werden, an die sich die Familien der deportierten und verkauften Mädchen und Frauen wenden können. In dieser Angelegenheit sprach auch die dänische Delegierte Frau Forchhammer, die sich für die armenischen Frauen einsetzte und die Regierungen zu energischer Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels aufforderte. Die Versammlung erklärte sich auch mit der Anregung Nansens-Norwegen einverstanden, die in Form eines Wunsches den Regierungen unterbreitet werden soll, daß an der einzuberufenden internationalen Konferenz nicht nur Mitglieder des Völkerbundes, sondern sämtliche Staaten teilnehmen sollen.

Eine Entschuldigungsnote

Der Reichsminister des Aeußern hat dem Vorsitzenden des interalliierten Marineüberwachungsausschusses Admiral Charlton folgende Note übergeben:

Herr Admiral! Im Namen der deutschen Regierung spreche ich das lebhafte Bedauern über den ernsten Zwischenfall aus, der sich am 10. November d. J. in Kuxhaven zugetragen hat. Ich bitte Sie, Herr Admiral, auch den beleidigten Offizieren selbst den Ausdruck meines Bedauerns übermitteln zu wollen. Zur Untersuchung des Vorfalles war eine besondere Kommission, bestehend aus einem Oberkriegsgerichtsrat als Verhandlungsleiter und zwei Stabsoffizieren der Marine als Beisitzer, an Ort und Stelle entsandt worden. Das bisherige Ergebnis der Ermittlungen ist in der anliegenden Denkschrift enthalten. Wie ich daraus zu ersehen bitte, ist der von Ihnen ausgesprochene Verdacht, daß der Festungskommandant Fregattenkapitän Heinicke die Ausschreitungen gegen die Mitglieder der interalliierten Marineüberwachungskommission zugelassen und sogar begünstigt habe, durch die Untersuchung widerlegt. Kapitän Heinicke hat alles, was ihm in seiner Eigenschaft als Festungskommandant oblag, getan, um den Kontrolloffizieren die sichere und unbehelligte Ausführung ihres Dienstes zu ermöglichen. Die Aussagen der Mannschaften bestätigen, daß sie bei ihm ebensowenig wie bei den andern Offizieren Nachsicht für ihre Ausschreitungen erwarten konnten. Dagegen muß zugegeben werden, daß einige Truppenkommandeure und Offiziere ein Vorwurf trifft. Auch sie hatten zwar den besten Willen, Zwischenfälle zu vermeiden, sie haben aber in Ueberschätzung der Disziplin ihrer Truppen nicht alle Vorsichtsmaßnahmen erschöpft und insofern fahrlässig gehandelt. Sie werden deswegen gebührend zur Rechenschaft gezogen werden. Ebenso wird mit der verdienten Strenge gegen die Mannschaften vorgegangen werden, die sich der unverantwortlichen Belästigung der Kontrolloffiziere schuldig gemacht haben. Ueber die Bestrafung wird eine weitere Mitteilung erfolgen. Als Ersatz für die Beschädigung der Uniformen dieser Offiziere wird der interalliierten Marinekontrollkommission der Betrag von 20577 M. durch die Regationskasse des Auswärtigen Amts überwiesen werden.

ges. Dr. Simons.

England und die deutschen Gegenvorschläge

Rotterdam, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" deuten die Stellungnahme Englands zu den deutschen Verhandlungsvorschlägen für Oberschlesien dahin, daß England auf baldige Abstimmung bestehen müsse und deshalb der deutsche Vorschlag nur geringe Aussicht habe, von den Alliierten angenommen zu werden.

Der holländisch-serbische Konflikt

In der holländischen Zweiten Kammer gab der Minister des Auswärtigen eine Erklärung ab über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Serbien. Er sagte u. a.:

Der niederländische Konsul und stellvertretende Generalkonsul in Belgrad Rapportort, ein österreichischer Untertan, wurde im August 1914 von den serbischen Behörden verhaftet und während vieler Monate in Uranja gefangengehalten, ohne daß davon der niederländischen Regierung eine Mitteilung gemacht wurde. Anfang 1916 kehrte Rapportort nach Belgrad zurück. Aber die österreichisch-ungarische Regierung verweigerte ihm ihre Anerkennung als Konsul, weil er Briefe von Serben in Belgrad an Landsleute im Ausland übermittelt haben sollte. Als die serbische Regierung im Jahre 1919 nach Belgrad zurückgekehrt war, versuchte sie, anstatt mildernde Umstände für ihr Benehmen Rapportorts gegenüber anzugeben, ihn seines Amtes zu entheben wegen seiner Haltung während der österreichischen Besetzung. Die niederländische Regierung erklärte sich hiermit einverstanden unter der Bedingung, daß die serbische Regierung wegen der Rapportort zugefügten Behandlung ihr Bedauern ausspreche. Schließlich gab die serbische Regierung zu erkennen, daß sie keinen Widerspruch erhebe, wenn Rapportort in seiner Stellung belassen würde. Aber Anfang August wurde ihm plötzlich ohne vorherige Mitteilung Weisung erteilt, das serbische Gebiet zu verlassen, und eine sehr maßvolle Protestnote des niederländischen Gesandten in Belgrad wurde von dem serbischen Minister des Aeußern zurückgeschickt mit der Mitteilung, daß er die Annahme der Note verweigere, ohne irgendwelche weiteren Erklärungen abzugeben. Der serbische Ministerpräsident übernahm dem niederländischen Gesandten gegenüber die volle Verantwortung für diese Handlungsweise. Unter diesen Umständen war die niederländische Regierung mit Rücksicht auf ihre Würde genötigt, die diplomatischen Beziehungen zeitweise aufzuheben.

Ein formloser Abschied

Prag, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Gelegentlich der letzten Ausschreitungen der Tschechen gegen die Deutschen in Prag wurde auch der französische Generalstabschef der tschechischen Armee, General Pellé, von Demonstranten überfallen und mißhandelt. Auch gelegentlich der letzten Budgetdebatte in der Prager Nationalversammlung wurde General Pellé von einem tschechischen Sozialdemokraten heftig angegriffen. Dieser forderte die Abberufung des Generals mit der Begründung, daß die tschecho-slowakische Armee genügend Offiziere hätte, die die Fähigkeit besäßen, den Posten eines Generalstabschefs auszufüllen. Dazu brauche man keinen französischen General, der zudem noch ein höheres Gehalt beziehe als der Präsident der tschecho-slowakischen Republik. General Pellé hat aus diesem Vorfall die Konsequenzen gezogen und hat Prag verlassen. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, General Pellé sei zum französischen Oberkommissar in Konstantinopel ernannt worden. Eine andre Lesart sprach von einer geheimnisvollen plötzlichen Abberufung Pellés durch das französische Kriegsministerium. Tatsache ist, daß Pellé Prag ohne jeden offiziellen Abschied endgültig verlassen hat.

Die Unruhen in der Tschecho-Slowakei

Wie die Berliner tschecho-slowakische Gesandtschaft mitteilt, haben die Kommunistenführer Skalak und Vanek dem Präsidenten Masaryk angeboten, eine Vermittlungsaktion einzuleiten. In Prag herrsche vollkommene Ruhe. In der Provinz sei eine allgemeine Entspannung zu beobachten. Die Führer der örtlichen kommunistischen Bewegung seien verhaftet. Die Gewerkschaftsverbände hätten sich gegen den Streik ausgesprochen und forderten seine Beendigung. Die landwirtschaftlichen Arbeiter hätten die von ihnen zeitweise besetzten Güter wieder freigegeben und seien zur normalen Arbeit zurückgekehrt.

Wie die „Neue Freie Presse" meldet, besetzte in Mährisch-Gödinz ein Trupp kommunistischer Arbeiter die Bezirkshauptmannschaft und entwaffnete die Gendarmerie sowie später herangezogenes Militär. Der Bezirkshauptmann wurde auf die Straße geschleppt und schwer mißhandelt. Es kam auch zu Plünderungen. Bei der Verfolgung der Plünderer wurden Schüsse gegen das Militär abgegeben, das mit einigen Salven erwiderte. Viele Personen wurden verletzt. Abends gelang es, alle besetzten Gebäude wieder zu befreien. — Dasselbe Blatt meldet aus Brünn, daß bei der Wiederbesetzung der Ölsawaner Ueberlandzentrale durch Schießereien eine Anzahl Personen verwundet wurde.

Die englische Irenpolitik

ch. London, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Man hält es für einen ausgezeichneten Schachzug der Regierung, daß drei australische Bischöfe nach Irland geschickt wurden, um dort die Verständigung mit England zu predigen. Der Erzbischof Clune sprach in einigen irischen Städten mit großem Erfolge; es wurden ihm von seiten der irischen Geistlichkeit keine Hindernisse in den Weg gelegt. Der irische Kardinal Logue erklärte, daß die australischen Bischöfe nur eine ehrliche Vermittlerrolle spielen wollten. Falls die englische Regierung von den australischen Bischöfen ein loyales Vorgehen verlange, so würde sich die irische Geistlichkeit darüber sehr freuen.

Der Aufruf Hoovers

L New-York, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Aufruf Hoovers, zum Weihnachtsfest eine Sammlung zugunsten der hungernden Kinder in Mitteleuropa zu veranstalten, findet einen ungeheuren Erfolg. Es sind bisher 800 000 Dollar eingezahlt worden, außerdem haben sich vier Lebensmittelwerke bereit erklärt, ½ Million kg Nährstoffe zu liefern. Ueber die Verschiffung werden z. Z. Unterhandlungen geführt.

Der Zwiespalt Europas

Vom ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Francesco Nitti

Europa windet sich in Schwierigkeiten, die von Tag zu Tag wachsen. Das ständige Steigen der Wechselkurse in allen Kontinentalstaaten ist nur eine erschreckende Aeußerung des fehlenden Gleichgewichts. Im Laufe von fünf Jahren sind zum größten Teil die Reserven zerstört worden, die die Arbeit von Jahrhunderten aufgehäuft hatte. Die wichtigsten Gläubigerländer Europas sind zu Schuldnerländern geworden.

Nachdem die Reserven aufgezehrt waren, wäre hartnäckige Arbeitsanstrengung notwendig gewesen, um die Produktion zu organisieren. Auf den Krieg hätte der Friede folgen müssen.

Statt dessen ist ein unerwartetes Phänomen eingetreten, dessen Folgen sich von Tag zu Tag erschreckender zeigen. Diejenigen, die aus dem Kriege nach langen Lebensgefahren zurückgekehrt sind, haben ein intensives Bedürfnis, mehr für ihr Leben auszugeben, und einen ebenso starken Wunsch, weniger zu arbeiten. Die charakteristische Tatsache ist, daß in allen Ländern, wenn auch in verschiedenem Maße, sich die gleiche Erscheinung zeigt. So entspricht einem größeren Produktionsbedürfnis eine geringere Produktion. Darin liegt etwas Unvermeidliches und Notwendiges, das nur die Zeit ändern kann. Vielleicht kann man in fünf oder sechs Jahren unter der Voraussetzung, daß die internationale Politik von geringerer Brutalität und Blindheit beherrscht wird, zu dem Geisteszustand von vor dem Kriege zurückkehren.

Diejenigen, die einer Bevölkerung nach einem großen Erdbeben gehalten haben, wissen, daß der Geisteszustand ein ähnlicher ist. Sofort nach solchen Erdbeben entsteht auch in der ruhigsten Bevölkerung ein Bedürfnis nach intensiverem Leben, ein instinktiver Wunsch nach materiellen Veränderungen und eine Art Abneigung gegen jede Arbeit. Der Krieg, aus dem wir herausgekommen sind oder vielmehr noch nicht herausgekommen sind, ist für Europa ein solches Erdbeben gewesen. Europa befindet sich nicht nur in einer großen ökonomischen, sondern auch moralischen Krisis.

Alle Eroberungen der Arbeit, die nicht schrittweise erfolgen und die nicht einer Erziehung des Volkes entsprechen, sind nicht dauerhaft. Die Revolution ist das Laienwunder der Ignoranten. Die Geschichte des menschlichen Fortschritts ist nicht die Geschichte der Emanzipation der Völker, sondern die Geschichte ihrer Erziehung. Der Kriegsgeist hat in ganz Europa zur Verbreitung des revolutionären Gedankens und einer geringeren Arbeitslust beigetragen. Und da nach dem Krieg der Friede nicht gekommen ist, sondern ein System von unerträglicher Gewalt, so hat sich der revolutionäre Geist über alles Erwarten ausgebreitet.

Die Staaten Europas befinden sich in einem merkwürdigen Zwiespalt. Sie wollen den Frieden im Innern und bringen es nicht fertig, ihn nach außen zu schaffen. Niemand will auf die Gewalt verzichten, auf das Erraffen von Rohstoffen, auf abfurde Entschädigungsansprüche, auf unberechtigte territoriale Forderungen — und das alles im Namen des Siegerrechts.

Vor dem Kriege war der größte Produzent Europas Deutschland. Heute hindert die Deutschland auferlegte Lage seine Produktion. Die Arbeiter, die auch in Frankreich, England und Italien Mangel leiden, befinden sich in Deutschland in einer noch viel schwierigeren Lage. Sie wissen, daß ein Teil ihres Arbeitsertrages dem Sieger, dem Feinde von gestern, gehört, ein weiterer Teil dem Unternehmer und nur ein Teil ihnen. Dazu kommt der Hunger und die dadurch verminderte Arbeitskraft. Vor dem Kriege hatte Deutschland, um seine Bevölkerung zu ernähren, die Landwirtschaft intensiv entwickelt und konnte mittels der Einfuhr von Futtermitteln und Phosphaten sich zum großen Teil selbst ernähren und es zahlte seine Einfuhr mit Industrieerzeugnissen; während es Ueberfluß an Kohle hatte, mußte es Metalle und Rohstoffe einführen. 1913 waren 88 Proz. der deutschen Einfuhr Rohstoffe und Halbfabrikate, 13 Proz. Fertigfabrikate, 26 Proz. Nahrungs- und Futtermittel und 3 Proz. Vieh. Von der Ausfuhr waren 20,3 Proz. Rohstoffe und Halbfabrikate, 68,8 Proz. Fertigfabrikate, 10,8 Proz. Lebens- und Futtermittel und 0,1 Proz. Vieh. Das bedeutet, daß Deutschland vor allem ein Industriestaat war.

Jetzt nach dem Kriege sind Deutschland die härtesten Bedingungen auferlegt worden. Es hat nicht nur seine Flotte verloren, sondern auch seine Kolonien, seine Kredite, seine Handelsorganisationen und schließlich auch noch sein Vieh. Eine Reihe von Kontrollen hindert es in seiner freien Bewegung. Es muß sehr große Kohlenmengen produzieren als Entschädigung. So fehlt alles für die Produktion, die doch nach Lage der Sache verdoppelt werden müßte. Wenn es notwendig war, von Deutschland all die militärischen Garantien und die weitgehende Entwaffnung zu fordern, so war es sicherlich nicht notwendig, sondern sogar unsinnig, alle seine Tätigkeit zu unterbinden. Man kann nicht gleichzeitig Arbeit von ihm verlangen und es unterdrücken wollen.

In dieser Lage ist der ganze Zwiespalt des europäischen Lebens ersichtlich. In dieser Lage liegt der Grund für die neuen Rüstungen, für den geistigen Gegensatz zwischen Regierung und Volk. Es liegt darin der Gegensatz nicht allein zwischen zwei Denkungsweisen, sondern auch zwischen zwei Kulturen.

Solange dieser Zwiespalt nicht verschwindet, wird der revolutionäre Geist nicht geringer werden, und das

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201217/1